



Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform

61. Sitzung (öffentlich)

14. Oktober 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:45 Uhr

Vorsitz: Klaus Stallmann (CDU)

Stenograf: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Aktuelle Viertelstunde

1

hier: **"Abschiebung des Islamisten Kaplan"**

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch einen Vertreter des Justizministeriums und des Innenministeriums entgegen und führt darüber eine Aussprache.

2 Gesetz zur Neuordnung des Landesdisziplinarrechtes (LDiszNOG) 7

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 13/5220 und 13/5345
Zuschrift 13/4012

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion stimmt der Ausschuss den Änderungsanträgen zu.

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf in der Fassung der Drucksachen 13/5220 und 13/5345 unter Einbeziehung der Änderungsanträge zu.

Berichtersteller: Jürgen Jentsch (SPD)

3 Achstes Gesetz zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Achstes Besoldungsänderungsgesetz - 8. ÄndLBesG) 9

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/5958

Der Ausschuss kommt überein, an der Anhörung im Haushalts- und Finanzausschuss nachrichtlich teilzunehmen und in der Sitzung am 18. November 2004 über diesen Gesetzentwurf zu beraten.

4 Stiftungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (StiftG NRW) 10

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/5987

Der Ausschuss kommt überein, zu diesem Gesetzentwurf schriftliche Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände und anderen von diesem Gesetz Betroffenen einzuholen.

5 Gesetz zur Änderung des Schulordnungsgesetzes (SchOG) und des Schulverwaltungsgesetzes (SchVG) 11

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/4564

Vorlagen 13/2727 und 13/2877

Ausschussprotokoll 13/1218

Zuschriften 13/3260/, 13/3853, 13/3886, 13/3907, 13/3909, 13/3910,
13/3913, 13/3920 - 3922, 13/3925 - 13/3927, 13/3932 Neudruck, 13/3938,
13/3943, 13/3945 und 13/4053

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion, gegen die Stimmen der CDU-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion empfiehlt der - mitberatende - Ausschuss dem - federführenden - Ausschuss für Schule und Weiterbildung, den Gesetzentwurf abzulehnen.

6 Gesetz zur Verbesserung der Korruptionsbekämpfung und zur Errichtung und Führung eines Vergaberegisters in Nordrhein-Westfalen (Korruptionsbekämpfungsgesetz - KorruptionsbG) 12

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/5952

In Verbindung damit:

Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Korruption des Landes Nordrhein-Westfalen (Nordrhein-Westfälisches Anti-Korruptionsgesetz - AKG) und zur Änderung des Beamtengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbeamtengesetz - LBG)

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/4692

Vorlage 13/2528

Zuschriften 13/3621, 13/3644 und 13/3878

Der Ausschuss kommt überein, zu diesem Thema schriftliche Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände, der Landesdatenschutzbeauftragten, der Präsidentin des Landesrechnungshofs sowie von weiteren von den Fraktionen zu benennenden Betroffenen einzuholen.

- 7 Asylverfahren in Nordrhein-Westfalen beschleunigen und professionalisieren** 13
Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/5945

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung des Antrages.

- 8 Systematisch-zielgerichtete Belästigungen und Verfolgungen (Stalking) bestrafen - Hessische Bundesratsinitiative unterstützen** 16
Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/5944

Mit den Stimmen der SPD-, GRÜNEN- und FDP-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU-Fraktion empfiehlt der - mitberatende - Ausschuss dem - federführenden - Rechtsausschuss, den Antrag abzulehnen.

- 9 Mehr Hilfe für die Opfer von Straftaten anbieten** 16
Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/5806

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion, gegen die Stimmen der CDU-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion empfiehlt der - mitberatende - Ausschuss dem - federführenden - Rechtsausschuss, den Antrag abzulehnen.

- 10 Ausweitung der Zulässigkeit von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden auf Bauleitpläne** 17
Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/5719 -Neudruck

Mit den Stimmen der SPD-, GRÜNEN- und CDU-Fraktion sowie gegen die Stimmen der FDP-Fraktion empfiehlt der - mitberatende - Ausschuss dem - federführenden - Ausschuss für Kommunalpolitik, den Antrag abzulehnen.

11 Strafvollzug in NRW - Mauer mit 1000 Löchern? 18

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/5729

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion empfiehlt der - mitberatende - Ausschuss dem - federführenden - Rechtsausschuss, den Antrag abzulehnen.

12 Petition 13/14198 21

Vorlage 13/2985

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch einen Vertreter des Innenministeriums entgegen und führt darüber eine Aussprache.

13 Umstände des Todes eines jungen Asylsuchenden in der Abschiebehaft Büren am 27.09.2004

Bericht der Landesregierung

24

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch einen Vertreter des Justizministeriums entgegen und führt darüber eine Aussprache.

Jürgen Jentsch (SPD) lässt wissen, dass die Meinungsbildung seiner Fraktion noch nicht abgeschlossen sei und man eine ausführliche Beratung im federführenden Ausschuss anstrebe. Insofern werde seine Fraktion den Gesetzentwurf der CDU-Fraktion in der heutigen Sitzung ablehnen.

Monika Düker (GRÜNE) verweist darauf, dass ihre Fraktion bezüglich des in Rede stehenden Themas eine völlig andere Position als die CDU-Fraktion einnehme und von daher den Gesetzentwurf ablehnen werde. Im Gegensatz zur CDU-Fraktion und zu dem, was in Baden-Württemberg derzeit gemacht werde, sei für ihre Fraktion ein Stück Stoff an sich auf dem Kopf einer Frau kein politisches Symbol. Ihrer Meinung nach gehöre immer das dazu, was hinter dem Stück Stoff stecke.

Theo Kruse (CDU) hebt hervor, es gehe nicht um das Tragen eines Stückes Stoff, sondern darum, ob man in Nordrhein-Westfalen eine gesetzliche Grundlage benötige, die das Tragen des islamischen Kopftuches in der Schule verbiete. Hierzu würde ihn die Meinung der SPD-Fraktion interessieren, und zwar auch im Innenausschuss.

Jürgen Jentsch (SPD) teilt mit, dass sich seine Fraktion noch keine abschließende Meinung gebildet habe.

Dr. Robert Orth (FDP) hält es für keinen guten Stil, einen Gesetzentwurf abzulehnen mit der Begründung, dass es der federführende Ausschuss schon richten werde. Insofern wäre es sinnvoller, in der heutigen Sitzung keine Abstimmung vorzunehmen.

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion, gegen die Stimmen der CDU-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion empfiehlt der - mitberatende - **Ausschuss** dem - federführenden - Hauptausschuss, den Gesetzentwurf der CDU-Fraktion abzulehnen.

6 Gesetz zur Verbesserung der Korruptionsbekämpfung und zur Errichtung und Führung eines Vergaberegisters in Nordrhein-Westfalen (Korruptionsbekämpfungsgesetz - KorruptionsbG)

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/5952

In Verbindung damit:

Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Korruption des Landes Nordrhein-Westfalen (Nordrhein-Westfälisches Anti-Korruptionsgesetz - AKG) und zur Änderung des Beamtengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbeamtengesetz - LBG)

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/4692

Vorlage 13/2528

Zuschriften 13/3621, 13/3644 und 13/3878

Vorsitzender Klaus Stallmann teilt mit, die SPD-Fraktion habe schon bei der Einbringung im Plenum an eine Anhörung gedacht. Da der Ausschuss zur gleichen Thematik bereits eine öffentliche Anhörung durchgeführt habe, könne der Ausschuss eine zweite Veranstaltung dieser Art nur mit einer Zweidrittelmehrheit beschließen. Er schlage vor, die Sachverständigen, an die dabei gedacht worden sei, nämlich die kommunalen Spitzenverbände, die Datenschutzbeauftragte, Frau Sokol, und die Präsidentin des Landesrechnungshof, Frau Scholle, um Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme bis zum 10. November 2004 zu bitten. Dann hätten die Fraktionen Gelegenheit zur Auswertung derselben und der Ausschuss Gelegenheit zur weiteren Beratung am 18. November.

Jürgen Jentsch (SPD) ist damit einverstanden, schriftliche Stellungnahmen einzuholen. Darüber hinaus stimme er dem Zeitplan zu, in der Sitzung am 18. November 2004 über dieses Thema zu beraten, um zügig zu einem Abschluss zu kommen.

Monika Düker (GRÜNE) plädiert ebenfalls dafür, das Thema zügig abzuschließen und hierfür schriftliche Stellungnahmen einzuholen. Sie rege jedoch an, den Kreis der Anzuhörenden zu erweitern, und zwar sollte den Fraktionen die Möglichkeit gegeben werden, neben den bereits Genannten jeweils einen Anzuhörenden zu benennen.

Vorsitzender Klaus Stallmann bittet darum, dem Ausschussdienst bis Dienstag nächster Woche die Namen und Adressen der Anzuhörenden mitzuteilen.

Theo Kruse (CDU) schließt sich dem Verfahrensvorschlag an. Er erwarte jedoch, dass nicht nur der Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen, sondern auch der Gesetzentwurf seiner Fraktion mit einbezogen werde.

Dr. Robert Orth (FDP) schließt sich ebenfalls dem Verfahrensvorschlag an.